Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4520

03. 11. 80

Unterrichtung

Amtliche Mitteilungen zum Ende der 8. Wahlperiode (Stand: 3. November 1980)

Inhaltsverzeichnis

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 200821, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551

1. Änderung in der Zusammensetzung des Deutschen Bundestages

Der Abgeordnete Dr. Zeitel hat mit Wirkung vom 3. September 1980 auf seine Mitgliedschaft im Bundestag verzichtet. Als sein Nachfolger ist am 11. September 1980 der Abgeordnete Künstler in den Bundestag eingetreten.

2. Mitteilungen der Ausschüsse zu EG-Vorlagen

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft hat mit Schreiben 10. Juli 1980 mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen hat:

Empfehlung einer Verordnung (EWG) des Rates zum Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik Ungarn über den Handel mit Textilwaren
— Drucksache 8/3772 Nr. 1 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Verlängerung des vorläufigen Antidumpingzolls für bestimmte Polyacryl-Spinnfasern und Polyacryl-Spinnfäden mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika
— Drucksache 8/3772 Nr. 2 —

Empfehlung einer Verordnung des Rates zum Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik Polen über den Handel mit Textilwaren
— Drucksache 8/3834 Nr. 1 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eöffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Karotten und Speisemöhren der Tarifstelle ex 07.01 G II des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1980)
— Drucksache 8/3834 Nr. 3 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für getrocknete Weintrauben der Tarifstelle 08.04 B I des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1980)
— Drucksache 8/3834 Nr. 4 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Gemüsepaprika oder Paprika ohne brennenden Geschmack der Tarifstelle 07.01 S des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1980)
— Drucksache 8/3834 Nr. 5 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für frische Tafeltrauben der Tarifstelle ex 08.04 A I des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1980)
— Drucksache 8/3834 Nr. 6 —

Vorschlag einer Verordnung des Rates (EWG) über die gemeinsame Einfuhrregelung für bestimmte Juteerzeugnisse mit Ursprung in Indien
— Drucksache 8/3907 Nr. 1 —

Vorschlag einer Verordnung des Rates (EWG)

— zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für bestimmte Spinnfasern der Tarifnummer 56.04 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1980)

— zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Oberkleidung für Männer und Knaben der Tarifnummer 61.01 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1980)

— Drucksache 8/3907 Nr. 2 —

Vorschlag einer Verordnung des Rates (EWG)

— zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Weine aus frischen Weintrauben der Tarifstelle ex 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1980)

— zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Likörweine der Tarifstelle ex 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1980)

— Drucksache 8/3907 Nr. 3 —

Vorschlag einer Verordnung des Rates (EWG) zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmte Weine mit Ursprungsbezeichnung der Tarifstelle ex 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Algerien (1980/81)
— Drucksache 8/3907 Nr. 4 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für bestimmte Weine mit Ursprungsbezeichnung der Tarifstelle ex 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Marokko (1980/81)
— Drucksache 8/3907 Nr. 5 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Aprikosenpülpe der Tarifstelle ex 20.06 B II c) 1 aa) des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in der Türkei
— Drucksache 8/3907 Nr. 6 —

Vorschlag einer Verordnung des Rates (EWG) über die im AKP-EWG-Abkommen von Lomé vorgesehenen Schutzmaßnahmen
— Drucksache 8/3907 Nr. 7 —

Verordnung (EWG) Nr. 3028/79 des Rates vom 20. Dezember 1979 über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Ferrochrom mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 4 Gewichtshundertteilen oder mehr der Tarifstelle ex 73.02 E I des Gemeinsamen Zolltarifs und über die Ausdehnung dieses Kontingents auf bestimmte Einfuhren von Ferrochrom mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 3 bis 4 Gewichtshundertteilen (1980)
— Drucksache 8/3907 Nr. 8 —

Verordnung (EWG) Nr. 2766/79 des Rates vom 6. Dezember 1979 zur Aufstockung des durch die Verordnung (EWG) Nr. 2691/78 für 1979 eröffneten Gemeinschaftszollkontingents für Zeitungsdruckpapier der Tarifstelle 48.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs
— Drucksache 8/3907 Nr. 9 —

Verordnung (EWG) Nr. 3061/79 des Rates vom 20. Dezember 1979 über die gemeinsame Einfuhrregelung für bestimmte Textilwaren mit Ursprung in der Volksrepublik China
— Drucksache 8/3907 Nr. 10 —

Empfehlung einer Verordnung (EWG) des Rates zum Abschluß des zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé
— Drucksache 8/3952 Nr. 1 —

Vorschläge für Verordnungen (EWG) des Rates

— zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für 38 000 Stück Färsen und Kühe bestimmter Höhenrassen, nicht zum Schlachten, der Tarifstelle ex 01.02 A II b) des Gemeinsamen Zolltarifs

— zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für 5 000 Stück Stiere, Kühe und Färsen bestimmter Höhenrassen, nicht zum Schlachten, der Tarifstelle ex 01.02 A II b) des Gemeinsamen Zolltarifs

— Drucksache 8/3952 Nr. 2 —

Empfehlung einer Verordnung (EWG) des Rates zum Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik Ungarn über den Handel mit Textilwaren
— Drucksache 8/3772 Nr. 1 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Verlängerung des vorläufigen Antidumpingzolls für bestimmte Polyacryl-Spinnfasern und Polyacryl-Spinnfäden mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika
— Drucksache 8/3772 Nr. 2 —

Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung hat mit Schreiben vom 8. Oktober 1980 mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehende EG-Vorlage zur Kenntnis genommen hat:

Vorschlag einer Richtlinie des Rates über die Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten
— Drucksache 8/3546 —

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 20. Oktober 1980 mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen hat:

Vorschläge für Verordnungen (EWG) des Rates

— zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Portweine der Tarifnummer ex 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Portugal (1980/81)

— zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Madeira-Weine der Tarifnummer ex 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Portugal (1980/81)

— zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Moscatel-de-Setubal-Weine der Tarifnummer ex 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Portugal (1980/81)

— Drucksache 8/4013 Nr. 1 —

Vorschläge für Verordnungen (EWG) des Rates

— betreffend den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich zur Anwendung der Bestimmungen über das gemeinschaftliche Versandverfahren und betreffend die Anwendung des Beschlusses Nr. 3/79 des durch das genannte Abkommen eingesetzten Gemischten Ausschusses

— betreffend den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Anwendung der Bestimmungen über das gemeinschaftliche Versandverfahren und betreffend die Anwendung des Beschlusses Nr. 3/79 des durch das genannte Abkommen eingesetzten Gemischten Ausschusses

— Drucksache 8/4013 Nr. 2 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1893/79 zur Schaffung einer Registrierung der Ein-

fuhren von Rohöl und/oder Mineralölerzeugnissen in der Gemeinschaft
— Drucksache 8/4013 Nr. 3 —

Vorschläge für Verodnungen (EWG) des Rates

— über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Sherry-Weine der Tarifstelle ex 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Spanien (1980/81)

— über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Malaga-Weine der Tarifstelle ex 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Spanien (1980/81)

— über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Jumilla-, Priorato-, Rioja- und Valdepenas-Weine der Tarifstelle ex 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Spanien (1980/81)
— Drucksache 8/4013 Nr. 4 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die endgültige Vereinnahmung eines Teils des vorläufigen Antidumpingzolls auf bestimmte Polyacryl-Spinnfäden mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika
— Drucksache 8/4013 Nr. 5 —

Empfehlung einer Verordnung des Rates über den Abschluß eines Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Indien über den Handel und die Zusammenarbeit im Handel mit Juteerzeugnissen
— Drucksache 8/4013 Nr. 6 —

Vorschlag einer Verordnung des Rates über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Frühkartoffeln der Tarifstelle 07.01 A II B) des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1980)
— Drucksache 8/4013 Nr. 7 —

Vorschlag einer Verordnung des Rates über die gemeinsame Einfuhrregelung für bestimmte Juteerzeugnisse mit Ursprung in Bangladesh
— Drucksache 8/4013 Nr. 8 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für bestimmte Aale der Tarifstelle ex 03.01 A II des Gemeinsamen Zolltarifs (1. Juli 1980 bis 30. Juni 1981)
— Drucksache 8/4116 Nr. 1 —

Mitteilung der Kommission an den Rat über die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien im Hinblick auf den Abschluß:

— eines Interimsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend den Handelsverkehr und die handelspolitische Zusammenarbeit;

— eines Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates betreffend die im Kooperationsabkommen sowie im Interimsabkommen betreffend den Handelsverkehr und die handelspolitische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vorgesehenen Schutzmaßnahmen

Empfehlung einer Verordnung (EWG) des Rates über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
— Drucksache 8/4116 Nr. 2 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Veredelungsarbeiten an bestimmten Spinnstoffen im passiven Veredelungsverkehr der Gemeinschaft
— Drucksache 8/4116 Nr. 3 —

Empfehlung einer Verordnung des Rates zum Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik Bulgarien über den Handel mit Textilwaren
— Drucksache 8/4116 Nr. 4 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur zeitweiligen Aussetzung von autonomen Zollsätzen des Gemeinsamen Zolltarifs für eine Reihe von industriellen Waren
— Drucksache 8/4116 Nr. 5 —

Entwurf einer Verordnung (EWG) des Rates zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für einige landwirtschaftliche Waren
— Drucksache 8/4181 Nr. 1 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Aussetzung der Anwendung eines mit Verordnung (EWG) Nr. 2796/79 festgesetzten Richtplafonds für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in Österreich
— Drucksache 8/4181 Nr. 2 —

Verordnung (EWG) Nr. 1100/80 des Rates vom 30. April 1980 über die Erhebung eines endgültigen Antidumpingzolls auf bestimmte Polyacryl-Spinnfasern und Polyacryl-Spinnfäden mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika
veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 114 vom 3. Mai 1980
— Drucksache 8/4181 Nr. 3 —

Vorschläge zu Richtlinien des Rates zur Anwendung der Ratsrichtlinie 79/530/EWG zur Unterrichtung über den Energieverbrauch von Haushaltsgeräten durch Etikettierung auf

— elektrische Waschmaschinen

— elektrische Geschirrspülmaschinen mit Kaltwasseranschluß

— elektrische Kühl- und Gefriergeräte, auch kombiniert

— Drucksache 8/4181 Nr. 4 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die endgültige Vereinnahmung des vorläufigen Antidumpingzolls auf Einfuhren von Mehrphasen-Wechselstrommotoren mit einer Leistung von mehr als 0,75 kW bis 75 kW mit Ursprung in der Sowjetunion
— Drucksache 8/4181 Nr. 5 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Rum, Arrak und Taffia der Tarifstelle 22.09 C 1 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in den mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziierten überseeischen Ländern und Gebieten (1980/81)
— Drucksache 8/4282 Nr. 1 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Rum, Arrak und Taffia der Tarifstelle 22.09 C I des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in den AKP-Staaten (1980/81)
— Drucksache 8/4282 Nr. 2 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 950/68 über den Gemeinsamen Zolltarif
— Drucksache 8/4282 Nr. 3 —

Entwurf einer Verordnung (EWG) des Rates über die zolltarifliche Behandlung bestimmter Erzeugnisse, die zur Verwendung beim Bau, bei der Instandhaltung oder der Instandsetzung von Luftfahrzeugen bestimmt sind
— Drucksache 8/4332 Nr. 1 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung von Plafonds und zur Einrichtung einer gemeinschaftlichen Überwachung der Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in Jugoslawien (1980)
— Drucksache 8/4332 Nr. 2 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 950/68 über den Gemeinsamen Zolltarif
— Drucksache 8/4332 Nr. 4 —

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2728/79 über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für bestimmte handgearbeitete Waren
— Drucksache 8/4332 Nr. 6 —

Entwurf einer Entscheidung des Rates zur Eröffnung eines Einfuhrkontingents in Italien für Motoren, Transmissionen und Vorderachsen für Zugmaschinen der Tarifstelle ex 84.06 und ex 87.06 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Rumänien
— Drucksache 8/4384 Nr. 1 —

Empfehlung einer Verordnung (EWG) des Rates über den Abschluß eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zur Änderung gewisser zollfreier Kontingente, die das Vereinigte Königreich gemäß Protokoll Nr. 1 zu dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Finnland eröffnet hat
— Drucksache 8/4384 Nr. 2 —

3. Unterrichtungen durch die Bundesregierung

Gemäß den Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 8. April 1959 und 16. Oktober 1964 hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung mit Schreiben vom 26. September 1980 den Deutschen Bundestag über die Beschäftigung Schwerbehinderter bei den Bundesdienststellen (Stand: 1. Oktober 1979) unterrichtet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4495 verteilt.

Der Bundeskanzler hat mit Schreiben vom 25. Juli 1980 gemäß § 32 Abs. 6 des Bundesbahngesetzes vom 13. Dezember 1951 den Jahresabschluß der Deutschen Bundesbahn für das Geschäftsjahr 1978 mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt. Der Jahresabschluß liegt im Parlamentsarchiv zur Einsicht aus.

4. Beantwortung Kleiner Anfragen

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 4. Juli 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Probst, Gerstein, Lenzer, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Dr. Schwarz-Schilling, Röhner, Bühler (Bruchsal) und der Fraktion der

CDU/CSU betr. Forschungsförderung im Programmbereich Humanisierung des Arbeitslebens (HdA) — Drucksache 8/4238 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4390 verteilt.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat mit Schreiben vom 10. Juli 1980 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und dem Bundesminister der Verteidigung die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jäger (Wangen), Baron von Wrangel, Graf Huyn, Sauer (Salzgitter), Lintner, Böhm (Melsungen), Dr. Czaja, Dr. Abelein, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Hupka, Dr. Becher (Pullach), Schmöle und der Fraktion der CDU/CSU betr. Würdigung des 25. Jahrestages des Deutschlandvertrages — Drucksache 8/4179 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4398 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 11. Juli 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Waigel, Dr. Sprung, Dr. Dollinger, Dr. Probst, Dr. Kreile, Dr. Narjes, Pieroth, Dr. Voss, von der Heydt Freiherr von Massenbach, Dr. Unland, Glos, Kiechle, Dr. van Aerssen, Haberl, Kittelmann, Stommel, Dr. Warnke, Wissmann, Lampersbach, Biehle, Dr. Jobst, Dr. Schwarz-Schilling, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Breidbach, Niegel, Engelsberger, Lintner, Dr. Bötsch, Kraus, Landré, Dr. Rose, Rainer, Voigt (Sonthofen), Handlos, Dr. Schwörer, Dr. Fuchs, Röhner und der Fraktion der CDU/CSU betr. Entwicklung der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland — Drucksache 8/4312 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4399 verteilt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 14. Juli 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Hürland, Pfeifer, Burger, Geisenhofer, Braun, Frau Benedix-Engler, Hasinger, Kroll-Schlüter, Frau Karwatzki, Horstmeier, Schetter, Dr. George, Zink, Frau Verhülsdonk, Frau Dr. Neumeister, Dr. Becker (Frankfurt), Dr. Hammans, Müller (Berlin), Frau Dr. Wilms, Prangenberg und der Fraktion der CDU/CSU betr. Verbesserung der Studienbedingungen körperbehinderter Studenten — Drucksache 8/4231 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4401 verteilt.

Der Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 16. Juli 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Hoffmann (Hoya), Sick, Ey, Dr. Bötsch, Dr.-Ing. Oldenstädt, Sauer (Salzgitter), de Terra, Helmrich und Genossen betr. Wachgestellung in den Ausbildungsabteilungen des Bundesgrenzschutzes (BGS) — Drucksache 8/4001 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4402 verteilt.

Der Bundesminister der Finanzen hat mit Schreiben vom 15. Juli 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Kunz (Weiden), Dr. Aigner, Dr. Althammer, Bayha, Dr. Becker (Frankfurt), Frau Benedix-Engler, Biehle, Ey, Höffkes, Horstmeier, Frau Hoffmann (Hoya), Jäger (Wangen), Dr. Jobst, Kolb, Krey, Frau Krone-Appuhn, Löher, Milz, Pfeifer, Pieroth, Frau Dr. Riede (Oeffingen), Sauter (Epfendorf), Dr. Schäuble, Schröder (Wilhelminenhof), Dr. Schwörer, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Graf Stauffenberg, Susset, Voigt (Sonthofen), Dr. Voss, Weiskirch (Olpe) und Genossen betr. Truppenübungsplatzrandgemeinden — Drucksache 8/4348 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4403 verteilt.

Der Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 17. Juli 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Broll, Spranger, Regenspurger, Dr. Miltner, Volmer, Dr. Langguth, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Dr. Laufs, Frau Karwatzki, Pfeifer und der Fraktion der CDU/CSU betr. Probleme des Wechselschichtdienstes im öffentlichen Dienst — Drucksache 8/4233 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4415 verteilt.

Der Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 23. Juli 1980 im Einvernehmen mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister für Forschung und Technologie und Bundesminister für Wirtschaft die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Lenzer, Pfeffermann, Haase (Kassel), Dr. Schwarz-Schilling, Dr. Probst, Pfeiffer, Benz, Engelberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Bühler (Bruchsal) und der Fraktion der CDU/CSU betr. Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Hessen — Drucksache 8/4198 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4420 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit hat mit Schreiben vom 21. Juli 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Burger, Frau Karwatzki, Franke, Müller (Remscheid), Müller (Berlin), Horstmeier, Frau Hürland, Geisenhofer, Braun, Hasinger, Dr. Unland, Höpfinger, Ziegler, Dr. Hammans, Frau Dr. Wilms, Frau Pack, Dr. Hoffacker, Wimmer (Mönchengladbach), Prangenberg, Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Dr. Rose, Kroll-Schlüter, Dr. Reimers, Krampe, Bühler (Bruchsal), Dr. Kraske, Susset, Frau Männle, Schwarz, Köster betr. Behinderte und Tourismus — Drucksache 8/4338 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4421 verteilt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 24. Juli 1980 im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Rühe, Frau Benedix-Engler, Daweke, Prangenberg, Dr. Hornhues, Frau Krone-Appuhn, Dr. Müller, Voigt (Sonthofen), Berger (Lahnstein), Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski, Dr. Warnke, Dr. Marx, Spilker und der Fraktion der CDU/CSU betr. weitere Förderung des Studentenwohnraumbaus — Drucksache 8/4397 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4423 verteilt.

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 5. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stockleben, Dr. Steger, Hoffmann (Saarbrücken), Ibrügger, Meininghaus, Reuschenbach, Dr. Spöri, Wolfram (Recklinghausen), Dr.-Ing. Laermann, Zywietz und der Fraktionen der SPD und FDP betr. Nutzung der Fernwärme in der Bundesrepublik Deutschland — Drucksache 8/4405 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4435 verteilt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 6. August 1980 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Frau Dr. Wilms, Rühe, Frau Benedix-Engler, Daweke, Prangenberg, Dr. Hornhues, Frau Krone-Appuhn, Dr. Müller, Voigt (Sonthofen), Berger (Lahnstein), Frau Dr. Wisniewski, Dr. Warnke, Dreyer, Dr. Jobst, Spilker und der Fraktion der CDU/CSU betr. Finanzierung der beruflichen Bildung und Berufsgrundbildungsjahr — Drucksache 8/4422 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4438 verteilt.

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 8. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (Saarbrücken), Stockleben, Dr. Steger, Reuschenbach, Wolfram (Recklinghausen), Grunenberg, Ibrügger, Meininghaus, Müller (Schweinfurt), Oostergetelo, Dr. Spöri, Neumann (Stelle), Dr. Haussmann, Dr.-Ing. Laermann, Frau Schuchardt, Zywietz und der Fraktionen der SPD und FDP betr. Energiesparen und alternative Energien — Drucksache 8/4393 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4441 verteilt.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 13. August 1980 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Kleine Anfrage der Abgeordneten Schröder (Lüneburg), Dr. Hornhues, Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. Friedmann, Ey, Frau Hoffmann (Hoya) und der Fraktion der CDU/CSU betr. Förderung der alternativen Energiequellen — Drucksache 8/4417 — beantortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4443 verteilt.

Der Bundesminister für Verkehr hat mit Schreiben vom 13. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Batz, Curdt, Daubertshäuser, Frau Eilers (Bielefeld), Glombig, Ibrügger, Junghans, Wendt, Wiefel, Hoffie, Schmidt (Kempten), Merker, Hölscher und der Fraktionen der SPD und FDP betr. Situation der Behinderten im Verkehrsgeschehen — Drucksache 8/4431 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4444 verteilt.

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 18. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Warnke, Dr. Dollinger, Dr. Narjes, Dr. Waigel, Glos, Pieroth, Röhner und der Fraktion der CDU/CSU betr. Bundesrohölreserve — Drucksache 8/4430 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4445 verteilt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 13. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Frau Dr. Wilms, Rühe, Frau Benedix-Engler, Daweke, Prangenberg, Dr. Hornhues, Frau Krone-Appuhn, Kolb, Dr. Miltner, Dr. Hubrig, Berger (Lahnstein), Schröder (Lüneburg) und der Fraktion der CDU/CSU betr. überbetriebliche Ausbildungsplätze im Baugewerbe — Drucksache 8/4427 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4446 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 19. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Narjes, Dr. Dollinger, Dr. Sprung, Dr. Waigel, Dr. Warnke, Pieroth, Kittelmann, Stommel. Dr. Unland und der Fraktion der CDU/CSU betr. Entwicklung der Leistungsbilanzen der Länder der Dritten Welt — Drucksache 8/4416 — beantortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4448 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 19. August 1980 im Einvernehmen mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Auswärtigen Amt, Bundesminister für Wirtschaft, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und Bundesminister für Forschung und Technologie die Kleine Anfrage der Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach) Pfeifer, Schwarz, Lenzer, Spranger, Benz, Broll, Bühler (Bruchsal), Engelsberger, Gerstein, Hanz, Dr. Hubrig, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Probst, Dr. Riesenhuber, Dr. Schwarz-Schilling, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Volmer, Frau Dr. Walz, Dr. Warnke und der Fraktion der CDU/CSU betr. Informationsaustausch mit Nachbarländern der Bundesrepublik Deutschland über Störfälle technischer Einrichtungen, die grenzüberschreitende Auswirkungen haben können und besondere Schutzvorkehrungen erfordern — Drucksache 8/4389 — beantwortet. Sein Schreiber ist als Drucksache 8/4449 verteilt.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 20. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lenzer, Dr. Probst, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU betr. photoelektrische Umwandlung der Solarenergie — Drucksache 8/4426 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4452 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 21. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thüsing, Vogelsang, Weisskirchen (Wiesloch), Dr.-Ing. Laermann,

Dr. Dr. h. c. Maihofer, Frau Schuchardt und der Fraktionen der SPD und FDP betr. Situation der Gesamtschule — Drucksache 8/4314 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4454 verteilt.

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit hat mit Schreiben vom 21. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Vogelsang, Neumann (Bramsche), Hauck, Fiebig, Kuhlwein, Jaunich, Eimer (Fürth), Spitzmüller und Genossen und der Fraktionen der SPD und FDP betr. Schutz der Kinder — Drucksache 8/4406 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4456 verteilt.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 19. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lenzer, Pfeifer, Dr. Probst, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Schwarz-Schilling, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU betr. Projektförderung der Bundesregierung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben — Drucksache 8/4428 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4457 verteilt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 25. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lattmann, Dr. Meinecke (Hamburg), Dr. Schweitzer, Dr.-Ing. Laermann, Dr. Dr. h. c. Maihofer, Frau Schuchardt und der Fraktionen der SPD und FDP betr. Bildungsföderalismus — Drucksache 8/4315 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4458 verteilt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 29. August 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Rühe, Frau Benedix-Engler, Daweke, Prangenberg, Dr. Hornhues, Frau Krone-Appuhn, Dr. Müller, Voigt (Sonthofen), Berger (Lahnstein), Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski und der Fraktion der CDU/CSU betr. Förderung neuer Modellversuche mit Integrierten Gesamtschulen — Drucksache 8/4440 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4465 verteilt.

Der Bundesminister der Finanzen hat mit Schreiben vom 1. September 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Häfele, Windelen, Haase (Kassel), Dr. Riedl (München), Carstens (Emstek), Glos, Gerster (Mainz) und der Fraktion der CDU/CSU betr. Folgerungen aus dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen zum Begriff der öffentlichen Investitionen und deren zahlenmäßige Auswirkungen — Drucksache 8/4439 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4467 verteilt.

Der Bundesminister der Justiz hat mit Schreiben vom 3. September 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach), Dr. Klein (Göttingen), Spranger, Dr. Dregger, Dr. Bötsch, Regenspurger und der Fraktion der CDU/CSU betr. Verwaltungsgerichtsverfahren in Asylsachen — Drucksache 8/4451 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4471 verteilt.

Die Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat mit Schreiben vom 8. September 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Schulte (Unna), Spitzmüller und Genossen betr. medizinisch bedingte Strahlenbelastungen — Drucksache 8/4453 — beantwortet. Ihr Schreiben ist als Drucksache 8/4475 verteilt.

Der Bundesminister für Wirtschaft und der Bundesminister für Forschung und Technologie haben mit Schreiben vom 19. September 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lenzer, Pfeifer, Gerstein, Dr. Stavenhagen, Gerlach (Obernau), Benz, Engelsberger, Dr. Hubrig, Dr. Probst, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim und der Fraktion der CDU/CSU betr. Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" über den Stand der Arbeit und die Ergebnisse vom 27. Juni 1980 — Drucksache 8/4468 — beantwortet. Ihr Schreiben ist als Drucksache 8/4485 verteilt.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 22. September 1980 im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Steger, Stockleben, Ibrügger, Meininghaus, Reuschenbach, Wolfram (Recklinghausen), Dr.-Ing. Laermann, Dr. Dr. h. c. Maihofer, Frau Schuchardt und der Fraktionen der SPD und FDP betr. Forschung und Entwicklung zur Abfallbeseitigung — Drucksache 8/4450 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4488 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 26. September 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Rühe, Daweke und der Fraktion der CDU/CSU betr. Hochschulbau — Drucksache 8/4473 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4491 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 30. September 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Rühe und der Fraktion der CDU/CSU betr. Nichtvollzug der Einziehung von Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) durch das Bundesverwaltungsamt — Drucksache 8/4462 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4492 verteilt.

Der Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 30. September 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach), Spranger, Dr. Dregger, Dr. Langguth, Broll, Dr. Miltner, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Krey und der Fraktion der CDU/CSU betr. Extremisten im

öffentlichen Dienst — Drucksache 8/4447 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4493 verteilt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 30. September 1980 im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Rühe, Frau Dr. Wilms und der Fraktion der CDU/CSU betr. Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungsplätze, insbesondere im Baugewerbe — Drucksache 8/4476 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4494 verteilt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 3. Oktober 1980 im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Rühe und der Fraktion der CDU/CSU betr. tatsächliche Finanzsituation im Haushalt des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft — Drucksache 8/4482 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4496 verteilt.

Der Bundesminister der Finanzen hat mit Schreiben vom 3. Oktober 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Häfele, Windelen, Haase (Kassel), Dr. Riedl (München), Dr. Kreile und der Fraktion der CDU/CSU betr. Haushaltsentwicklung 1980 — Drucksache 8/4483 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4497 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 20. Oktober 1980 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit die Kleine Anfrage der Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach), Franke, Spranger, Dr. Langguth, Krey, Regenspurger, Dr. Miltner, Berger (Herne), Biechele, Burger und der Fraktion der CDU/CSU betr. Bevölkerungsentwicklung — Drucksache 8/4484 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4508 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 24. Oktober 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Spranger, Schwarz, Dr. Miltner, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Broll, Dr. Langguth, Regenspurger, Gerlach (Obernau), Volmer, Berger (Herne), Biechele und der Fraktion der CDU/CSU betr. Mißstände bei der Durchführung des Asylanerkennungsverfahrens im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf — Drucksache 8/4490 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4510 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 3. November 1980 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Schulte (Unna), Spitzmüller und Genossen betr. internationalen Umgang mit gefährlichen chemischen Abfällen — Drucksache 8/4505 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/4518 verteilt.

5. Schriftliche Fragen für die Monate Juli, August und September 1980 mit den dazu erteilten Antworten der Bundesregierung

Die Fragen für den Monat Juli 1980 (Teile I bis VIII) mit den dazu erteilten Antworten sind als Drucksachen 8/4418, 8/4424, 8/4429, 8/4432, 8/4433, 8/4436, 8/4442 und 8/4463 verteilt.

Die Fragen für den Monat August 1980 (Teile I bis VI) mit den dazu erteilten Antworten sind als Drucksachen 8/4464, 8/4470, 8/4474, 8/4477, 8/4478 und 8/4487 verteilt.

Die Fragen für den Monat September 1980 (Teile I bis VI) mit den dazu erteilten Antworten sind bzw. werden als Drucksachen 8/4489, 8/4499, 8/4502, 8/4506, 8/4509 und 8/4512 verteilt.

6. Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 6., 13., 20. und 27. Oktober 1980 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Die in den Wochen vom 6., 13., 20. und 27. Oktober 1980 eingegangenen Antworten der Bundesregierung auf schriftliche Fragen nach Abschnitt IV der Anlage 4 GO sind bzw. werden zusammen mit den Fragen in Drucksachen 8/4501, 8/4507, 8/4511 und 8/4519 verteilt.

7. Mitteilungen des Präsidenten des Bundesrates über Beschlüsse gemäß den Artikeln 74 a, 77 Abs. 2, Artikel 80 Abs. 2, Artikel 84 Abs. 1, Artikel 87 d Abs. 2, Artikel 104 a Abs. 3, Artikel 105 Abs. 3, Artikel 108 Abs. 2 Satz 2, Artikel 108 Abs. 5 des Grundgesetzes

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 4. Juli 1980 den nachstehenden Gesetzen zugestimmt bzw. einen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 GG nicht gestellt:

Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (9. Änderungsgesetz)

Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz — TSG)

Bundesberggesetz (BBergG)

Gesetz zur Steuerentlastung und Familienförderung (Steuerentlastungsgesetz 1981 — StEntlG 1981)

Fünftes Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes

Gesetz zu dem Vertrag vom 12. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Gesetz zu dem Abkommen vom 15. März 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und Mauritius zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Förderung des Handels und der Investitionstätigkeit zwischen den beiden Staaten

Ausführungsgesetz zum Zusatzprotokoll vom 13. März 1980 zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete (Ausführungsgesetz Grenzgänger Niederlande — AGGrenzg NL)

Gesetz zum Zusatzprotokoll vom 13. März 1980 zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete

Gesetz zu dem Abkommen vom 23. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Leistungen für Arbeitslose

Gesetz zu dem Abkommen vom 23. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank

Gesetz zur Ausführung des Vertrages vom 20. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

Gesetz zu dem Vertrag vom 20. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 24. April 1967 über die Adoption von Kindern

Gesetz zu dem Vertrag vom 12. Dezember 1979 zur Änderung des Vertrages vom 11. September 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Rechts- und Amtshilfe in Zoll-, Verbrauchsteuer- und Monopolangelegenheiten

Gesetz zu dem Übereinkommen Nr. 142 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1975 über die Berufsberatung und Berufsbildung im Rahmen der Erschließung des Arbeitskräftepotentials

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Fahrlehrerwesen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Entlastung des Bundesfinanzhofs

Drittes Gesetz zur Änderung des Weingesetzes

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1980 (Nachtragshaushaltsgesetz 1980)

Zweites Gesetz zur Änderung energierechtlicher Vorschriften

Zu dem letztgenannten Gesetz hat der Bundesrat eine Entschließung gefaßt, die als Anlage 1 dieser Drucksache beigefügt ist.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 4. Juli 1980 beschlossen, dem Ersten Gesetz zur Fortentwicklung des Strafvollzuges — Erstes Strafvollzugs-Fortentwicklungsgesetz (1. StVollzFG) — nicht zuzustimmen. Das Schreiben des Präsidenten des Bundesrates ist als Drucksache 8/4394 verteilt.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 18. Juli 1980 den nachstehenden Gesetzen zugestimmt bzw. einen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 GG nicht gestellt:

Gesetz zu dem Budapester Vertrag vom 28. April 1977 über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren

Gesetz zu dem Vertrag vom 20. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung

Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte

Gesetz zum Protokoll vom 17. April 1979 zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 22. April 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Japan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und bei einigen anderen Steuern

Gesetz zu dem Abkommen vom 20. Oktober 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Neuseeland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und einigen anderen Steuern

Gesetz zu dem Zweiten AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31. Oktober 1979 sowie zu den mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehenden Abkommen

Gesetz zu dem Übereinkommen Nr. 150 der Internationalen Arbeitsorganisation vom

26. Juni 1978 über die Arbeitsverwaltung: Rolle, Aufgaben, Aufbau

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen

Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme

Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes (ZGÄndG 17)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften

Erstes Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes

Viertes Gesetz zur Änderung des Weinwirtschaftsgesetzes

Gesetz zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus

Viertes Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes

Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1980 (Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1980 — BBVEG 80)

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes

Gesetz zur Fortsetzung der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen

Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und über die Erhaltung von Ansprüchen bei Betriebsübergang (Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz)

Melderechtsrahmengesetz (MRRG)

Zweites Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes

Sozialgesetzbuch (SGB) — Verwaltungsverfahren —

Fünftes Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte

Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 1980

Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz — ChemG)

Zweites Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens

Zu den vier letztgenannten Gesetzen hat der Bundesrat Entschließungen gefaßt, die als Anlagen 2 bis 5 dieser Drucksache beigefügt sind.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 18. Juli 1980 beschlossen, hinsichtlich der nachstehenden Gesetze zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß einberufen wird:

Gesetz zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts

Viertes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes

Gesetz über die Untersuchung von Seeunfällen (Seeunfalluntersuchungsgesetz, SeeUG)

Die Schreiben des Präsidenten des Bundesrates sind als Drucksachen 8/4407, 8/4408 und 8/4409 verteilt.

In seiner Sitzung am 18. Juli 1980 hat der Bundesrat ferner beschlossen, dem Gesetz zum Schutz vor Verkehrslärm von Straßen und Schienenwegen — Verkehrslärmschutzgesetz — (VLärmSchG) nicht zuzustimmen. Das Schreiben des Präsidenten des Bundesrates ist als Drucksache 8/4410 verteilt.

Dem Staatshaftungsgesetz und dem Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz — KSVG —) hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 18. Juli 1980 ebenfalls nicht zugestimmt. Für den Fall, daß diese beiden Gesetze nicht zustimmungsbedürftig sein sollten, hat der Bundesrat mit der Mehrheit seiner Stimmen beschlossen, Einspruch gemäß Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes einzulegen. Die Schreiben des Präsidenten des Bundesrates sind als Drucksachen 8/4411 und 8/4412 verteilt.

In derselben Sitzung hat der Bundesrat mit der Mehrheit seiner Stimmen beschlossen, gegen das Neunzehnte Strafrechtsänderungsgesetz (19. StrÄndG) und gegen das ... Strafrechtsänderungsgesetz ... StrÄndG) gemäß Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes Einspruch einzulegen.

Die Schreiben des Präsidenten des Bundesrates sind als Drucksachen 8/4413 und 8/4414 verteilt.

8. Verlangen auf Einberufung des Vermittlungsausschusses durch die Bundesregierung nach Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes

Der Bundeskanzler hat mit Schreiben vom 9. Juli 1980 mitgeteilt, daß die Bundesregierung beschlossen hat, hinsichtlich der nachstehenden Gesetze zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß einberufen wird:

Jugendhilfegesetz (JHG)

Erstes Gesetz zur Fortentwicklung des Strafvollzuges — Erstes Strafvollzugs-Fortentwicklungsgesetz (1. StVollzFG)

Seine Schreiben sind als Drucksachen 8/4395 und 8/4396 verteilt.

Anlage 1

Entschließung des Bundesrates in seiner 490. Sitzung am 4. Juli 1980 zu dem Zweiten Gesetz zur Änderung energierechtlicher Vorschriften

Das Gesetz zur Änderung energierechtlicher Vorschriften kann — wie schon sein Vorgänger — nur als eine auch durch die Eile seiner Verabschiedung geprägte Übergangslösung gewertet werden. Es entspricht insbesondere nicht der immer wieder erhobenen Forderung, für eine angemessene und auch regional ausgewogene Verteilung der Vorteile und Lasten der deutschen Kohlepolitik zu sorgen.

Auch diesmal ist dem auch für die Energiepolitik geltenden strukturpolitischen Grundziel, gleichwertige Lebensbedingungen und Wirtschaftsentwicklungschancen in allen Teilräumen des Bundesgebietes herzustellen, nicht Rechnung getragen worden. Vielmehr werden insbesondere revierferne Regionen durch die derzeitige Entwicklung weiter benachteiligt. Der Bundesrat fordert deshalb die Bundesregierung auf, unter rechtzeitiger Beteiligung der Länder umgehend Maßnahmen zum Ausgleich dieser Härten einzuleiten.

Der Bundesrat nimmt ferner mit Bedauern zur Kenntnis, daß trotz der Veränderung der Energiepreisrelationen zugunsten der Kohle gegenwärtig eine Senkung der Ausgleichsabgabe nicht in Betracht gezogen wird. Er fordert die Bundesregierung auf, die zu erwartenden Anforderungen an den Ausgleichsfonds umgehend mit dem Ziel zu überprüfen, alsbald eine Senkung der Ausgleichsabgabe vornehmen zu können.

Anlage 2

Entschließung des Bundesrates in seiner 491. Sitzung am 18. Juli 1980 zu dem Fünften Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte

Der Bundesrat bedauert, daß ein Teil der in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen Regelungen insbesondere zur Klarstellung der Streitfragen zu den §§ 31, 83 ff. BRAGO nicht in den Gesetzesbeschluß übernommen worden ist. Er bittet die Bundesregierung, diese Regelungen in der nächsten Legislaturperiode alsbald in einem neuen Gesetzentwurf vorzulegen.

Anlage 3

Entschließung des Bundesrates in seiner 491. Sitzung am 18. Juli 1980 zu dem Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 1980

1. **Zu Artikel 1 Nr. 20 Buchstabe b** (Bundesbesoldungsgesetz)

   Der Bundesrat ist der Auffassung, daß eine auf die Person bezogene Einstufungsregelung mit dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung nicht vereinbar ist. Er bittet die Bundesregierung, dieser Auffassung bei künftigen Vorlagen auf dem Gebiet der Besoldung Rechung zu tragen.

   Der Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung ist in § 18 BBesG festgelegt. Hiernach sind die Funktionen der Beamten, Richter und Soldaten nach den mit ihnen verbundenen Anforderungen sachgerecht zu bewerten und Ämtern zuzuordnen. Die Ämter sind nach ihrer Wertigkeit unter Berücksichtigung der gemeinsamen Belange aller Dienstherren den Besoldungsgruppen zuzuordnen. Eine nur auf die Person bezogene Einstufungsregelung ist mit diesem Grundsatz unvereinbar.

2. **Zu Artikel 5** (Beamtenversorgungsgesetz)

   Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, daß die Mindestversorgung künftig in vollem Umfang an der allgemeinen Anpassung teilnimmt. Ferner sollen bei dem in § 14 Abs. 1 Satz 4 des Beamtenversorgungsgesetzes festgelegten Erhöhungsbetrag für die Zukunft die bisher unterlassenen allgemeinen Anpassungen nachgeholt werden.

   Die Mindestversorgungsempfänger sind von den jährlich deutlich steigenden Lebenshaltungskosten besonders betroffen. Deshalb muß sichergestellt werden, daß die Mindestversorgung künftig mit ihrem Gesamtbetrag an der allgemeinen Anpassung teilnimmt. Eine solche Lösung sollte zudem gewährleisten, daß

   — die Kongruenz zur allgemeinen Versorgung wieder hergestellt und

   — der Vollzug der Vorschrift erleichtert wird.

   Aus diesem Grund müssen die Empfänger von Mindestruhegehalt bzw. Mindestwitwengeld aber auch für die Zukunft so gestellt werden, als wenn der Erhöhungsbetrag seit 1971 an der allgemeinen Anpassung der Versorgungsbezüge teilgenommen hätte.

Anlage 4

Entschließung des Bundesrates in seiner 491. Sitzung am 18. Juli 1980 zu dem Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz — ChemG)

Die Bundesregierung wird gebeten, von der Ermächtigung zum Erlaß einer Bundes-Giftverordnung umgehend nach Inkrafttreten des Chemikaliengesetzes Gebrauch zu machen, um die bisherigen landesrechtlichen Regelungen des Giftrechts im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung und der Sicherheit der Wirtschaft zu vereinheitlichen. Das künftige bundeseinheitliche Giftrecht ist wegen des Vorliegens der bestehenden Landesvorschriften und des niedersächsischen Musterentwurfs nach Regelungsrichtung und Regelungsumfang bereits derzeit so hinreichend bestimmbar, daß die Bundes-Giftverordnung dem Bundesrat alsbald vorgelegt werden könnte.

Anlage 5

Entschließung des Bundesrates in seiner 491. Sitzung am 18. Juli 1980 zu dem Zweiten Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens

Die Bundesregierung hat durch jahrelanges Zögern und ständige Verharmlosung der Asylproblematik die derzeitige schwierige Situation herbeigeführt.

Die nunmehr im Zweiten Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens vorgesehenen Regelungen können die anstehenden Probleme nicht lösen. Sie können kaum als erster Schritt zur Straffung und Beschleunigung des Asylverfahrens angesehen werden. Der Bundesrat hält baldige weitere Maßnahmen der Bundesregierung und des Bundestages für dringend notwendig. Er verweist hierzu auf die von den Ländern seit langem vorgeschlagenen Maßnahmen, die die Bundesregierung bislang nicht aufgenommen hat. Der Bundesrat ist deshalb der Auffassung,

— daß die von der Bundesregierung und dem Bundestag vorgesehenen Maßnahmen das Asylbewerberproblem im Kern nicht lösen können, weil die Einreise in das Bundesgebiet und der Zugang zum Asylverfahren nach wie vor auch offensichtlichen Scheinasylanten offen stehen,

— daß der Mißbrauch des Asylrechts ohne die folgenden Maßnahmen nicht unterbunden werden kann:

  Vorprüfung des Asylantrages an der Grenze einschließlich einer verwaltungsgerichtlichen Kontrolle, um offensichtlich aussichtslose Anträge nicht in das förmliche Asylverfahren gelangen zu lassen,

  gesetzliche Regelung der Mißbrauchstatbestände,

  Wegfall des Berufungsverfahrens bei der Asylanerkennung,

  Versagung der Arbeitserlaubnis während des gesamten Asylverfahrens bei gleichzeitiger Verpflichtung für die Asylbewerber, sich in Bundessammellagern aufzuhalten,

— daß die den Ländern durch die Änderungen des Asylverfahrens entstehenden Mehrkosten von dem für das Asylwesen zuständigen Bund angemessen abzugelten sind.